

WA9neu Sondervermögen sinnvoll einsetzen: Verkehrswende, Bildung, Gesundheit, Soziale Teilhabe und Klimaschutz statt Autobahn- und Straßenneubau

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Der Landesverband Niedersachsen von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt den Beschluss
2 des Bundestages und des Bundesrates zur Änderung des Grundgesetzes und
3 Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben.

4 Insbesondere zu begrüßen ist der Beschluss zur Einrichtung eines Infrastruktur-
5 Sondervermögens in Höhe von 500 Mrd. Euro sowie die Erweiterung des
6 Finanzierungsspielraums der Länder. Dies entspricht zentralen finanzpolitischen
7 Forderungen der GRÜNEN u.a. im vergangenen Bundestagswahlkampf.

8 Auch der Beschluss zur erleichterten Finanzierung von Ausgaben für Verteidigung
9 und äußerer Sicherheit sowie zur Unterstützung angegriffener Staaten ist in
10 dieser weltpolitischen Lage nur zu unterstützen.

11 Insgesamt versetzen uns die Beschlüsse endlich in die Lage, endlich zu beginnen,
12 den über Jahrzehnte aufgelaufenen Investitions- und Modernisierungstau
13 aufzulösen. Sie entsprechen dem Investitionsbedarf von rund 600 Milliarden Euro,
14 den das Institut der Deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahr errechnet hat -
15 vor allem für die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur, Verkehrswege mit
16 Schwerpunkt Schiene und die Dekarbonisierung der Industrie.¹

17 Der grünen Bundestagsfraktion ist es durch ihre harte Verhandlungsstrategie
18 gelungen, den Klimaschutz mit 100 Mrd. Euro hinterlegt als Zweckbestimmung zu
19 verankern. Nicht zuletzt sichert dies auch die Zukunft wichtiger
20 Transformationsprojekte wie zum Aufbau einer klimaneutralen Stahlproduktion bei
21 der Salzgitter AG. Grünem Einsatz ist es zu verdanken, dass die Kredite in
22 zusätzliche Zukunftsinvestitionen fließen werden und nicht der Finanzierung
23 schwarz-roter Wahlgeschenke dienen.

24 Dabei kritisieren wir sehr deutlich, dass wir solche weitreichenden Beschlüsse
25 nun unter höchstem Zeitdruck und in einem bereits abgewählten Bundestag treffen
26 mussten. Dies liegt ausschließlich in der Verantwortung der Union und der FDP,
27 die sich bis zur Wahl - und in Teilen darüber hinaus - den finanzpolitischen
28 Realitäten nicht stellen wollten. Dem Land und der öffentlichen Debatte haben
29 beide Parteien damit schwer geschadet.

30 Spielräume für Zukunftsausgaben nutzen

31 Nicht vergessen werden darf, dass es sich bei dem zusätzlichen Spielraum um
32 Kredite handelt, die von zukünftigen Generationen zu tragen sein werden. Deshalb
33 steht es aus grüner Sicht außer Frage, dass dieser Spielraum ausschließlich für
34 Maßnahmen genutzt werden darf, von denen zukünftige Generationen einen konkreten
35 Nutzen haben werden.

36 Ein großer Teil der beschriebenen Investitionsbedarfe liegt im Bereich der
37 kommunalen Infrastruktur. Die Kommunen, die in den vergangenen Jahren sehr unter
38 der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu leiden hatten, müssen in jedem Fall

39 angemessen an den neuen, zusätzlichen Spielräumen beteiligt werden. Auch der
40 Bund wird dies stärker als bisher geplant berücksichtigen müssen.

41 Für uns steht die klimagerechte Sanierung der öffentlichen Infrastruktur im
42 Zentrum, die Förderung der klimaneutraler Industrien, Bildung und Gesundheit.
43 Auf keinen Fall dürfen die Mittel in Bereiche und Industrien fließen, die den
44 Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zuwider laufen und bisherige, nicht
45 zukunftsfähige Entwicklungen zementieren. Eine Mittelverwendung für den
46 Straßenneubau, insbesondere den Neubau und Ausbau von Autobahnen und
47 Bundesstraßen lehnt der Landesverband ab.

48 Dabei wollen wir den doppelten Nutzen dieser großen Infrastrukturprogramme
49 nutzen, um durch die öffentliche Nachfrage gezielt grüne Leitmärkte für
50 nachhaltig erzeugte Industriegüter zu schaffen. Wir selbst haben es in der Hand,
51 dass Produkte wie grüner Stahl kurzfristig und bereits vor dem Inkrafttreten
52 eines CO₂-Grenzausgleichs wirtschaftlich werden. So kann aus diesem
53 Infrastrukturprogramm auch ein grünes Konjunkturprogramm werden, um gute
54 Arbeitsplätze und nachhaltige Wertschöpfung langfristig zu sichern.

Begründung

mit Antragsteller aktualisierter Antrag aufgrund der Weiterentwicklung der Beschlusslagen